

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Nummer 2 Pf. — 100 Nummern 20 Pf. — 3 Monate 60 Pf. — 6 Monate 120 Pf. — 1 Jahr 240 Pf. — Einjahresabonnement 240 Pf. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 32 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Verlag: Dresden 2640

Montag, den 8. Februar 1932

## Frankreichs Abrüstungsversuch

„Höflich bis zur letzten Gagenproffe“ — das gilt von allem, was die internationale Diplomatie in die Hand nimmt. Am höflichsten ist man natürlich in Genf beim Völkerverbund oder, wie jetzt, auf der Abrüstungskonferenz. Dort bescheiden man sich gegenseitig die bestmögliche Friedensliebe und den energischen Willen zur allgemeinen Abrüstung, — auch dann, wenn z. B. in dem über Schnell veröffentlichten französischen Vorschlag über diese Abrüstung gar nichts gesagt ist. Dafür wird dann aber nach diesen diplomatisch-höflichen Einleitungen auch nicht etwa ein Nein! produziert, sondern man bringt, bei aller Hochachtung für die Anregung, zahlreiche Bedenken vor, die dann am besten erst mal in einem Ausschuss, womöglich auch noch in ein paar Unterausschüssen, behandelt werden sollen. An Positivem für den Abrüstungsgedanken enthält der französische Vorschlag nur das eine: Deutschland und die anderen ehemaligen Mittelmächte unterliegen nach wie vor den Entlassungsbestimmungen der Friedensverträge von Versailles, St. Germain, Neuilly. Auch ohne daß der Satz im Diktat von Versailles ausgeführt wird, der die deutsche Entwaffnung als den ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung bezeichnet!

Ganz so „diplomatisch-höflich“ wie sonst hat sich der französische Delegationsführer und Kriegsminister Tardieu nicht aufgeführt; offenbar ist durch sein neu übernommenes Amt seine staatsmännische Blüte stark „aufgeraubt“ worden! Er hat die Feststellung des Konferenzvorsitzenden, man sei bei der kommenden Arbeit an den Entwurf der vorbereitenden Abrüstungskommission nicht gebunden, sondern habe die Hände frei zur Entgegennahme jedes neuen, zweckdienlichen Vorschlages, nun sofort mit der Veröffentlichung eines Planes beantwortet, die nicht etwa aus der Konferenz selbst erfolgte, sondern ganz formlos gegenüber den Journalisten, die zu mehreren hundert in Genf versammelt sind. Das hätte sich mal eine andere Delegation erlauben sollen! Wie hätte da besonders Frankreich losgezittert über Mißachtung der Würde einer Weltkonferenz usw. Aber diese Formlosigkeit hat Tardieu nicht geschont, um „als Erster ans Spiel zu kommen“. Allerdings ist kaum anzunehmen, daß ihm die anderen diesen Gefallen tun und bei der nun einsetzenden Generaldebatte zur Abrüstungsfrage den französischen Vorschlag bzw. die Zielsetzung ihm gegenüber zum rednerischen Mittelpunkt machen werden.

Der leitende Gedanke an dem französischen Plan — nach außen hin — ist ja die Schaffung einer militärischen Exekutivgewalt für den Völkerverbund. Sieht man einmal von der sachlichen Seite ab, so ist dieser Vorschlag schon rein formell ein Unding, weil z. B. Amerika und Rußland gar nicht Mitglieder des Völkerverbundes sind, beide Staaten vielmehr diese Genfer Justizkommission mit recht wenig verhältnißmäßiger Mißachtung zu behandeln gewohnt sind. Infolgedessen denken sie auch gar nicht daran, das ungefähre Übertriebenste zu tun, was der Völkerverbund von irgendeinem Staat überhaupt verlangen könnte: Bei einer „Exekution“, die der Völkerverbund beschließen sollte, das Leben der eigenen Staatsbürger als Soldaten einzusetzen. Heute sind wenigstens die Völker nicht mehr so, das mitzumachen! Und die Absurdität des ganzen Vorschlages wird deutlich, wenn man etwa annehmen wollte, z. B. ein Teil der deutschen Reichswehr würde zu Exekutionszwecken nach Ostasien fahren, um mit den anderen Truppenkontingenten zusammen etwa Japan zur Naifon zu bringen. Aber die Dinge liegen noch viel gefährlicher. Veshüsse der Völkerverbund eine solche Exekution gegen das kommunistische Rußland, und die Völkerverbundarmee sogleich zu diesem Zweck durch Deutschland hindurch, dann würde uns Rußland einfach und „zweckmäßig“ als Segner behandeln, und wir sind ja militärisch derart „abgerüstet“, daß wir uns gar nicht dagegen wehren könnten. Deswegen würde sich die Völkerverbundarmee vermutlich durchaus nicht beilen und würde in demselben Tempo heranmarschieren, wie einst die „ellende Reichsarmee“ gegen Friedrich den Großen.

Das ist bloß einer von den zahllosen Gegenständen, die selbst eine rein sachliche Beantwortung der französischen Vorschläge anführen muß. Die eigentliche und richtige Antwort wird aber die sein, daß diesem Plane Frankreichs Vorschläge entgegengestellt werden, die sich wirklich mit dem beizusetzen, was die französische Delegation bei ihrer Veröffentlichung ganz vergessen hat: Mit der Abrüstung!

## Verdoppelung der Hartholzölle.

Sitzung des Reichskabinetts.  
Das Reichskabinet hat sich zunächst mit einer Neuordnung der Holzölle auf Grund der Rotterdamer Vereinbarung über die Zollherhebung beschäftigt. Im wesentlichen handelt es sich um eine Reihe von Maßnahmen, um der bedrohten Forstwirtschaft zu helfen. Als Einleitung eines härteren Schutzes gegen die ausländische Konkurrenz hat die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsforstwirtschaftsrat eine Erhöhung der Zölle für Hartholz und Holzgerüste aus Hartholz beschlossen. Die bisher geltenden Zölle werden im allgemeinen verdoppelt.

## Gewaltstreik Litauens in Memel

### Der Landespräsident von den Litauern entführt.

Ein litauischer Anschlag gegen den deutschen Landespräsidenten des autonomen Memelgebietes, den man in Memel schon lange befürchtete, ist jetzt erfolgt. Landespräsident Böttcher wurde durch zwei litauische Offiziere in einem Auto entführt. Der litauische Gouverneur Merkys erschien im Landesdirektorium und forderte einen der Landesdirektoren auf, die Geschäfte zu übernehmen. Als das abgelehnt wurde, setzte er einen großlitauischen Landesrat ein. Der Amtsräum des Landesdirektors Böttcher wurde versiegelt, die Telephone gesperrt bzw. unter Zensur gestellt. Gouverneur Merkys soll erklärt haben, daß er die ergriffenen Maßnahmen auf Veranlassung der Sowjet-Zentralregierung durchführe.

### Scharfer deutscher Protest in Kowno.

Litauische Ablehnungsversuche.  
Der deutsche Gesandte in Kowno, Morath, ist beauftragt worden, bei der litauischen Regierung scharfsten Protest gegen die Vorgänge im Memelgebiet zu protestieren und der litauischen Regierung mitzuteilen, daß die Reichsregierung die Angelegenheit vor den Völkerverbund gebracht hat.

Reichsminister Brüning wird an der Sitzung des Völkerverbundes, in der die Memeler Frage behandelt wird, persönlich teilnehmen, falls sich dies mit seiner für Dienstag geplanten Abreise vereinbaren läßt. Von litauischer Seite wird dagegen ein Bruch des Memelabkommens abgelehnt.

### Der deutsche Schritt in Genf.

Sonderratsitzung wegen Memel.  
Die Reichsregierung hat den Beschluß gefaßt, angesichts der flagranten Verletzung des Memelabkommens durch die litauische Regierung an den Generalsekretär des Völkerverbundes das offizielle Ersuchen zu richten, den Völkerverbund unverzüglich zu einer außerordentlichen Ratsitzung zur Behandlung dieses Falles einzuberufen.

Die Note ist von Reichsminister Brüning unterzeichnet worden. Die deutsche Abordnung wird im Laufe des Montag mit den vier Unterzeichnerstaaten des Memelabkommens — England, Japan, Frankreich und Italien — Fühlung nehmen.

Die Lage wird in Kreisen der deutschen Abordnung außerordentlich ernst beurteilt. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die litauische Regierung zu einer sofortigen Zurückziehung des Staatsstreiches im Memelgebiet und zu Wiedergutmachungsmaßnahmen zu zwingen. Das Vorgehen der litauischen Regierung hat in weitesten internationalen Kreisen größte Empörung ausgelöst und man erwartet, daß sich die europäischen Großstaaten dem Vorgehen der Reichsregierung anschließen werden.

### Vor einem Eingreifen des Völkerverbundes.

Die von Merkys getroffenen Maßnahmen werden von allen litauischen politischen Kreisen, wie vorauszu-sehen war, gebilligt. Man gibt in maßgebenden politischen Kreisen ihre Unrechtmäßigkeit sogar unumwunden zu, glaubt aber, sie damit rechtfertigen zu können, daß bei dem Verbleiben Böttchers in seinem Amt die öffentliche Ordnung im Memelgebiet gefährdet worden wäre. Nach den in Königsberg vorliegenden Nachrichten soll die Polizei im Memelgebiet außerordentlich verstärkt worden sein, weil man glaubt, daß die Bevölkerung auf den Staatsstreik antworten könnte.

Janke Ausreden.  
Über die mit der Verhaftung des Landespräsidenten Böttcher eingeleitete litauische Aktion gegen das Memelgebiet schreibt die litauische Telegraphenagentur „Litva“, daß der Schritt des Gouverneurs auf Grund der beabsichtigten Reise Böttchers nach Berlin, wo er Verhandlungen mit der Regierung eines fremden Staates habe führen sollen, erforderlich geworden sei. Die Verhaftung Böttchers erfolgte auf Befehl des Kriegskommandanten von litauischen Krüppeln. Diese Kommandanten umfassen einen großen Teil Großlitauens und des Memelgebietes. Sie wurde eingesetzt bei der Einführung des Kriegsstandes im Memelgebiet geschaffen, um das Memelabkommen auf dem Wege über die Militärgefege umgehen zu können.

Bruch der Memelkonvention.  
Der Heimatsbund Ostpreußen hat an das Auswärtige Amt ein Telegramm gerichtet, das darauf hinweist, daß der litauische Vertragsbruch in Memel unverzüglich deutsche Gegenmaßnahmen sowie Dringlichkeitsbeschwerte in Genf erfordere. Die Ablegung und Verhaftung des Landespräsidenten Böttcher und Übergabe der Regierung an den Großlitauer Toličius bedeuten einen Bruch der Memelkonvention, mit denen sich nunmehr dringend die Unterzeichnerstaaten der Konvention zu beschäftigen haben werden.

### Der Eindruck in Genf.

Die Nachrichten über den Staatsstreik in Memel haben einen überaus starken Eindruck hervorgerufen. In den Lagern der Unterzeichnerstaaten des Memelstatuts, England, Frankreich, Italien und Japan, wurde sofort erklärt, daß der Völkerverbund einen Bruch der Memelkonvention durch die litauische Regierung unter gar keinen Umständen zulassen könne und daß unverzüglich der Völkerverbund zu einer neuen außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten müsse. Man erwartet auch eine Anrufung des Völkerverbundes durch die deutsche Regierung. Die Vorgänge im Memelgebiet bilden den allgemeinen Gesprächsgegenstand und werden in allen Abordnungen in Genf auf das schärfste und mit großer Entrüstung beurteilt.

### Präsident Böttcher nach Kowno gebracht

Berlin, 8. Februar. Wie der Sonderberichterstatter des Montag aus Tilsit berichtet, soll Präsident Böttcher am Sonntag nach Kowno abtransportiert worden sein. Der Chauvinismus der Litauer habe bereits über Böttcher und den Pfarer Podjusz, den zweiten Verhafteten, das Urteil gesprochen. Beide sollen nach Gornog verbannt werden. Gornog ist ein Verbanntengebiet, in dem die Sträflinge Litauens untergebracht werden.

### Neue Uebergriffe in Memel.

Berlin, 8. Februar. Nach am Sonntag abend in Genf vorliegenden Berichten ist, wie die Montagspost meldet, nicht nur der Chef des Landesdirektoriums von Memel, Böttcher, auf Befehl des litauischen Gouverneurs Merkys verhaftet worden, sondern am Sonntag ein weiteres Mitglied des Landesdirektoriums in Haft genommen worden.

### Brüning in Genf.

Empfang bei der deutschen Abordnung.  
Reichsminister Brüning ist in Begleitung des Staatssekretärs von Bülow, des Reichspressesprechers Jechlin und des Oberregierungsrats Pfand in Genf eingetroffen. Auf dem Bahnhof waren Vorkämpfer Rodolow und Graf Beljezel, der deutsche Gesandte in Bern, Müller, der deutsche Untergeneralsekretär Dusour-Feronce, der deutsche Generalkonsul Böllers, sämtliche Mitglieder der deutschen Abordnung, die deutschen Beamten des Völkerverbundessekretariats und des Internationalen Arbeitsamts, die Spitzen der deutschen Kolonie und deutsche Pressevertreter erschienen. Der Reichsminister begab sich vom Bahnhof nach dem Hotel „Metropole“, dem Sitz der deutschen Abordnung.

Im Laufe des Abends hat Dr. Brüning dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, einen Besuch abgestattet. Am Abend fand im Hotel „Metropole“ ein Empfang statt, zu dem die deutsche Abordnung, die deutschen Mitglieder des Völkerverbundessekretariats und des Internationalen Arbeitsamts, die Spitzen der Genfer Kolonie und einige deutsche Pressevertreter mit ihren Damen eingeladen waren.

### Was Brüning in Genf sagen wird.

Sachliche deutsche Vorschläge über Abrüstung.  
Reichsminister Brüning will bereits am Dienstag nachmittag nach Berlin zurückkehren, da dringende Geschäfte des Reichskabinetts seine Anwesenheit in Berlin notwendig machen. Der Reichsminister wird am Dienstag vormittag sprechen.

Es wird ausdrücklich betont, daß die Rede des Reichsministers keine Stellungnahme zur Abrüstungsfrage vom innenpolitischen, sondern ausschließlich vom außenpolitischen Standpunkt aus darstellen wird.

Für die Abfassung der Rede werden die Erfahrungen der drei Redner des Montags, Tardieu, Gibson und Simon, natürlich nicht ohne Einfluß sein. Ferner wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in den eingehenden Ausführungen des Reichsministers über die von Deutschland auf der Abrüstungskonferenz zu machenden Vorschläge die allgemeinen Richtlinien erörtert sind, die von deutscher Seite auf der Abrüstungskonferenz maßgebend sind.

Auf deutscher Seite ist beabsichtigt, sachliche Vorschläge auf der Abrüstungskonferenz einzubringen.